

Beschluss des Landrats vom 17.10.2019

Nr. 172

5. Abbau an der Universität Basel 2018/737; Protokoll: pw

5. Interpellation, Abbau Universität

Roman Brunner (SP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Roman Brunner (SP) dankt für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Die Antwort zeigt wunderbar auf, dass über die letzten zehn Jahre kein Abbau an der Universität Basel stattgefunden hat. Klar, die Universitätsstrategie sah ja auch ein Wachstum, insbesondere bei den Studierendenzahlen, vor. Der Ausbau der Universität ist also primär auf die Universitätsstrategie zurückzuführen.

Dass in der jetzigen Leistungsperiode ein Abbau bei den Professuren stattfindet, ist aber nicht auf die Strategie der Universität zurückzuführen und auch nicht zufällig, sondern der Finanzstrategie des Kantons Basel-Landschaft geschuldet. Der Redner möchte nicht falsch verstanden werden: Die Universität darf und muss sich weiterentwickeln können. Dazu gehört selbstverständlich auch, das Lehrangebot laufend zu überprüfen und anzupassen. So kann es durchaus sein, dass einzelne Professuren verschwinden oder umgewandelt werden oder Curricula umgestaltet werden. So weit, so klar.

Die Massnahmen in der Leistungsperiode 2018–2021 sind aber nicht auf die Strategie der Universität, auf inhaltliche Entscheide der Fakultäten oder auf eine Weiterentwicklung des Lehrangebots zurückzuführen, sondern einzig auf Einsparungen aufgrund der Finanzstrategie der Kantons Basel-Landschaft. Roman Brunner zitiert aus der Liste der Massnahmen: Verzicht auf Neubesetzung von Professuren; Aufhebung von Professuren; neu zeitlich befristete Assistenzprofessuren anstelle von ordentlichen Professuren; Verzicht oder Kürzung bei diversen Stellen im Bereich Nachwuchsförderung, Assistierende, Verwaltungspersonal, Post-Doc und Doktorandenstellen. Und als besonderes Beispiel: Verzicht auf die Nachbesetzung einer Professur im Bereich Klinische Psychologie und Neurowissenschaften. Diese Professur soll prioritär nachbesetzt werden, sobald es die Mittel wieder zulassen.

Man kann also kaum von strategischen oder wissenschaftlich begründeten Entscheiden sprechen, sondern es findet ein Abbau aufgrund der Finanzstrategie des Kantons Basel-Landschaft statt. Dass dieser Abbau keinen Einfluss auf die Qualität der Lehre und Forschung an der Universität haben soll, ist nicht vorstellbar. Das Renommee der Universität leidet darunter. Die Betreuungsverhältnisse für die Studierenden werden schlechter. Planungssicherheit fehlt aufgrund von befristeten Professuren.

Der zweite bemerkenswerte Aspekt der Beantwortung der Interpellation betrifft die Kommunikationsstrategie der Universität. Erst auf öffentlichen und politischen Druck hin werden die Sparmassnahmen übersichtlich kommuniziert und ihr Ausmass sichtbar. Der Redner erwartet hier in Zukunft eine direktere, unmittelbarere Kommunikation der Universität, insbesondere gegenüber der interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) der Universität.

Sven Inäbnit (FDP) sagt, wenn man anschauet, wer die Interpellation beantwortet hat, müsse man konstatieren, dass es die Antwort der Universität selber ist. Die vorhin gehörte Schwarzmalerei trifft gemäss der Beurteilung der Universität selbst nicht zu. Der Beitrag an die Universität wurde

auf einer gewissen Höhe stabilisiert. Notabene zeigt sich nun auch, dass sich die Studentenzahlen stabilisieren. Also gibt es auch keinen Grund, den Beitrag an die Universität nach wie vor in der gleichen Kadenz wie vor ein paar Jahren anwachsen zu lassen.

Die Universität konstatiert in ihrer Antwort auf Seite 7: «Die Sparmassnahmen der Leistungsperiode 2018–2021 stellen unter Berücksichtigung des Zuwachses von Professuren seit 2014 keinen Abbau des Lehrangebotes dar». Es ist fraglich, weshalb Roman Brunner dennoch meint, es habe ein Leistungsabbau stattgefunden, wenn die Universität selbst sagt, es sei keiner. Die Universität ist in Bewegung, es gab Verbesserungen – dies nicht zuletzt durch den Druck und die notwendige die Priorisierung. Klar ist dies nicht immer im Interesse der Fakultäten. Wenn die Universität selbst zum Schluss kommt, sie könne mit den Rahmenbedingungen umgehen, dann ist dies eine wesentliche Aussage. Von einem Leistungsabbau kann nicht gesprochen werden.

In Bezug auf das vorangehende Geschäft: Hier gibt es sicher Punkte, die es anzuschauen gilt. Beispielsweise ob man bei den Beiträgen im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung etwas bewegen kann. Hier steht man mit dem Interesse relativ alleine da, dass die Universitätskantone höhere Beiträge erhalten sollen; Regierungsrätin Monica Gschwind wird dies bestätigen können. Man kann sich auch überlegen, ob die Trägerschaft ausgebaut werden soll. Bereits vor drei Jahren wurde seitens FDP gefordert, zu probieren, die Kantone Solothurn und Aargau miteinzubeziehen. Zur Drittmittelquote: Diese ist zwar gestiegen, aber nicht unbedingt bei den Mitteln von Dritten, sondern bei den kompetitiven Mitteln, die durch den Nationalfonds zur Verfügung gestellt werden. Das ist gut, aber man kann hier sicher noch mehr erreichen. Die Universität hat auch bestätigt, dass sie sich bezüglich der Drittmittel in ihrer Unabhängigkeit und Freiheit in Lehre und Forschung nicht eingeschränkt fühlt. Die IGPK Universität hat dies in ihrem Bericht zur Kenntnis genommen.

Der Redner ist zuversichtlich. Das Rektorat strahlt klar aus, dass der Sparauftrag ernst genommen wird und dass es in den nächsten Jahren auch unter den jetzigen Rahmenbedingungen ein qualitativ hochstehende und der Weiterentwicklung verpflichtete Universität Basel geben wird.

Laura Grazioli (Grüne) würde gerne vom Regierungsrat wissen, welche Position sie zu den strategischen Eckwerten der Universität für die Strategieperiode 2022–2025 respektive bis 2030 einnimmt, damit die Universität auch in Zukunft ihre momentan hervorragende Position in einem schwieriger werdenden Umfeld halten kann.

Anita Biedert (SVP) widerspricht im Namen der SVP-Fraktion und auch persönlich der Aussage, dass es an der Universität einen Qualitätsabbau gebe. Die neue Universitätsstrategie zeigt ein anderes Bild. Der strukturelle Abbau in Lehre und Forschung ist nicht vorhanden, die Antwort der Universität Basel zeigt dies klar. Es konnte auch auf eine Erhöhung der Studiengebühren verzichtet werden, was zeigt, dass man mit den vorhandenen Mitteln eine Top-Qualität gewährleisten kann. Die Studiengänge passen sich verständlicherweise den gesellschaftlichen Entwicklungen an; die Dynamik, die damit einhergeht, rechtfertigt absolut, dass es diesbezüglich auch im finanziellen Bereich Anpassungen gibt. Die aktuellen und geplanten Investitionen der Universität im Bereich der Digitalisierung widersprechen ebenfalls der Aussage, dass es einen Qualitätsabbau gibt.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) ist im Vergleich zur SVP-Fraktion und FDP-Fraktion etwas kritischer eingestellt. Schliesslich wurden die Sparauflagen durch den Kanton Basel-Landschaft auferlegt. Die Universität hat sich diese nicht selbst auf die Fahne geschrieben. Es ist wichtig, darauf zu achten, dass das Betreuungsprogramm nicht qualitativ leiden wird. Wenn die Betreuung der Doktoranden zurückgeschraubt wird, müssen schon gewisse Alarmglocken läuten. Gerade im juristischen Bereich, wo es viele Promotionen gibt, muss die Betreuung ausgesprochen gut sein. Darüber hinaus erzeugen Sparprogramme viel Unruhe bei den Mitarbeitenden: Auch wenn diese nicht unbedingt nach aussen dringt und an die grosse Glocke gehängt wird, ist sie nicht sehr gut

für die Forschung. So überlegen sich einige Forschende doch, ob sie nicht woanders hingehen wollen, wo eben nicht gespart wird.

Auch die Studierendenzahlen sind zurückgegangen. Hier muss man sich auch über die Gründe Gedanken machen. In der Basellandschaftlichen Zeitung stand, dass der Rückgang beispielsweise bei den deutschen Studierenden auf die Studiengebühren zurückzuführen sei. Ob dies stimmt, ist eine andere Frage. Wichtig ist, dass die Politik der Universität den Rücken stärkt, dass die Politik hinter der Universität und ihrer Rektorin steht, der Universität so viel Autonomie wie möglich lässt und sich so fest zurückhält, wie es möglich ist.

Andrea Heger (EVP) kommt auf den Jahresbericht der IGPK Universität zurück. Er zeigt, dass die Universität, trotz der gekürzten Beiträge, das Beste herausholt und sehr gut arbeitet. Die Universität ist kreativ unterwegs und das Rektorat sowie die ganze Leitung sind sehr engagiert. Zu den Drittmitteln hat die Grüne/EVP-Fraktion eine etwas andere Haltung als die FDP. Die Drittmittel sind stark gewachsen und die Universität achtet auf ihre Unabhängigkeit; dennoch dürfen die Drittmittel nicht ins Uferlose wachsen. Es ist nicht gut, wenn das Verhältnis zwischen den eingeworbenen Drittmitteln und den anderen Beiträgen nicht mehr stimmt.

Die Rednerin unterscheidet zwischen Lehrangebot und Leistungsabbau. Das Lehrangebot wurde zwar erhalten, jedoch wurde beim Hintergrundaufbau eingespart. Dies wird auch aus der Beantwortung der Interpellation ersichtlich und hängt mit dem Entscheid des Kantons Basel-Landschaft zusammen. Es braucht nicht nur ein gutes Lehrangebot, sondern auch eine gute Infrastruktur, nicht zuletzt im Bereich der Immobilien. Hier gehört zum einen die effiziente Nutzung dazu, wo es in den vergangenen Jahren bereits Verbesserungen gab. Zum anderen geht es aber auch darum, dass die Infrastruktur den Bedürfnissen der modernen Forschung entspricht und nicht veraltet ist. Zurzeit besteht diesbezüglich bei gewissen Gebäuden ein Risiko.

Wie kann der Regierungsrat sicherstellen, dass die ausserordentlichen Investitionen in die Immobilien, die zu tätigen sind, geleistet werden können?

Jan Kirchmayr (SP) stellt klar, Roman Brunner habe keine Schwarzmalerei betrieben. Der Beitrag wird gekürzt und nicht stabilisiert. Es gibt einen Leistungsabbau in allen Fakultäten. Wenn man die Institution selber fragt, ist dies kein Gradmesser bei der Beurteilung der Lehre und Forschung. Wie soll kein Leistungsabbau stattfinden, wenn beispielsweise in den Geowissenschaften eine Professur gestrichen wird und die Vorlesung künftig von einem Assistenten oder einer Doktorandin gehalten wird? In der Medizin wurden die Professuren für Makroskopische Anatomie oder Kinder- und jugendpsychiatrische Entwicklungspsychopathologie gestrichen. Das ist ein Leistungsabbau, der sowohl in der Lehre als auch in der Forschung stattfindet. Und wenn es einen Rückgang bei den Studierendenzahlen gibt, muss man sich vielleicht auch fragen, weshalb dem so ist. Dann kommt man wahrscheinlich ziemlich schnell zum Schluss, dass das Renommee der Universität aufgrund des gekürzten Beitrags des Kantons Basel-Landschaft gelitten hat. Es ist nur etwas teurer als Bildung und das ist keine Bildung.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) führt aus, die Universität Basel sei, seit der Kanton Basel-Landschaft sie seit 2007 mitträgt, stark gewachsen und habe sich sehr, sehr positiv entwickelt. Sowohl bei den Studierendenzahlen als auch bei den Beiträgen an die Universität Basel gab es ein enormes Wachstum. Es war tatsächlich das erste Mal der Fall, dass man gesagt hatte, es komme nun eine Konsolidierungsphase. Hin und wieder, dies wird wohl niemand bestreiten, ist es notwendig, dass man konsolidiert. Die Studierendenzahlen können nicht immer weiter steigen. Man wollte sich bei rund 13'000 Studierenden einpendeln, was momentan auch so ist. Auch beim Mitteleinsatz muss genauer hingeschaut und überlegt werden, wo man diese einsetzen möchte und wo nicht. Die Universität und alle Fakultäten haben sich sehr genau überlegt, wie sie mit dem vorhandenen Geld umgehen möchten.

Die Rednerin hört immer nur «Abbau, Abbau, Abbau». Zu Jan Kirchmayr: Seit 2014 wurden 23,5 Professuren eingerichtet. Vier wurden aufgehoben, wozu man auch steht. In der aktuellen Leistungsperiode sind neun weitere Aufhebungen geplant. Vier Professuren werden zudem in Assistenzprofessuren umgewandelt. Wenn sich die Universität auch weiterhin als sehr gute Universität positionieren möchte, dann muss sie ihr Angebot laufend anpassen. Vier Studiengänge wurden neu geschaffen und lediglich zwei abgeschafft. Dies muss auch einmal gesagt sein.

Die Universität Basel ist hervorragend positioniert und hat im Ranking wieder einen Sprung nach vorne gemacht. Man muss damit aufhören, die Universität immer schlechtzureden, denn genau das schadet ihr. Die Universität Basel hat aufsehenerregende Projekte an Land gezogen, sei es das Projekt in der Augenheilkunde, das Botnar Research Center oder der grosse Forschungsauftrag, den man im Rahmen von EUCOR gemeinsam mit den europäischen Universitäten erhalten hat. Die Rektorin Andrea Schenker-Wicki leistet hervorragende Arbeit. Es ist erfreulich, eine solch tolle Rektorin an der Spitze der Universität zu haben.

Wie gesagt, überlegen sich die Fakultäten genau, wie sie mit den vorhandenen Mitteln umgehen. In dieser Leistungsauftragsperiode stand nicht einmal 1 % weniger zur Verfügung – aus einer Mücke soll bitte kein Elefant gemacht werden.

Die Universität ist auch über die Bücher gegangen und hat die Strategie 2022–2030 entwickelt. Diese soll nun gemeinsam mit dem Universitätsrat und den Kantonen umgesetzt werden. Mirjam Würth, Präsidentin der IGPK Universität, hat es vorher ebenfalls gesagt: Die Universität ging und geht sehr gut mit ihren Mitteln um, gerade auch im Jahr 2018. Die geplante Umsetzung der neuen Rechnungslegung per 1. Januar 2022 wird noch stärker zeigen, dass die Universität sehr gut gehaushaltet und ein respektables Eigenkapital hat.

Zur Immobilienstrategie, die ein wichtiges Thema ist: Es wird unter anderem kräftig in Forschungsbauten investiert. Der Immobilienfonds wird fortlaufend und vorausschauend, im Hinblick auf weitere Bauten, gefüllt. Im Zusammenhang mit der nächsten Leistungsauftragsperiode, dem nächsten Globalbudget, wird beurteilt werden, was es braucht und was nicht.

Zur Frage von Laura Grazioli: Die Frage, wie die Eckwerte für die neue Leistungsauftragsperiode festgelegt werden sollen, wird derzeit zwischen den beiden Regierungen der Trägerkantone diskutiert. Gegenwärtig kann noch nichts dazu gesagt werden, man befindet sich aber im Fahrplan.

Zusammenfassend: Die Universität Basel ist auf einem hervorragendem Wert und bietet sehr interessante Studiengänge für die Studierenden von hier und aus der ganzen Schweiz. Auch dies soll einmal hervorgehoben werden.

Anita Biedert (SVP) bekräftigt, die Fakultäten würden das Lehrangebot bestimmen und seien sehr an einer ausgezeichneten Qualität interessiert. Jan Kirchmayr hat zwei oder drei Beispiele im negativen Bereich erwähnt. Dazu möchte die Rednerin nur sagen: Solange man an einer Universität Germanistische Mediävistik studieren kann, kann man nicht sagen, dass eine Universität ein ungenügendes Studienangebot habe.

Hanspeter Weibel (SVP) dankt Regierungsrätin Monica Gschwind für das engagierte Votum für die Universität. Man muss sehen, dass es in der Region eine Sondersituation gibt. Die universitäre Ausbildung ist grundsätzlich eine Bundesaufgabe. Der Kanton Basel-Landschaft ist der einzige Nicht-Hochschulkanton, der einen derartig grossen Beitrag an eine Universität leistet.

Es wurde über die Ziele berichtet, welche die Universität aufgrund ihrer Wachstumsstrategie erreicht hat – also aufgrund einer Strategie in Richtung Quantität. Der Redner würde sich wahnsinnig freuen, wenn sich die Universität Basel nun auch noch eine Qualitätsstrategie geben würde. Denn, wenn sie bereits mit einer Quantitätsstrategie so gute Resultate erzielt, dann könnte sie sich allenfalls mit einer Qualitätsstrategie noch steigern.

Wie bereits erwähnt, ist die Immobilienstrategie eine seit Jahren bestehende Baustelle. Auf eine Lösung ist zu hoffen.

Zur Frage der Transparenz: Die Universität verfügt über grosser Reserven finanzieller Art. Mit der neuen Rechnungslegung wird man dann auch sehen, was tatsächlich noch in der Kasse vorhanden ist.

Sven Inäbnit (FDP) bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion bei der Regierungsrätin für ihr flammendes Votum. Genauso muss es sein: Man muss der Universität den Rücken stärken und würdigen, wie mit der Beitragskürzung umgegangen wurde. Jan Kirchmayr erweist der Universität einen Bärendienst, indem er alles schlechtredet. Nur davon zu berichten, welche Professuren gestrichen oder umgewandelt wurden, und die positive Bilanzseite zu unterschlagen, ist nicht richtig. Aber genau das Schlechtrede, die Rede vom Abbau, haltt gegen aussen; und dann heisst es, das Angebot sei schlecht; und dann kommen weniger Studierende.

An alle, welche die Interpellationsantwort nicht gelesen haben (was begreiflich ist): In der Antwort ist eine Tabelle enthalten, wo auch die positive Bilanz ersichtlich wird. Es ist logisch, dass man in Fächern wie der Medizin heute aufgrund des Fortschritts andere Bedürfnisse hat als früher und deshalb vielleicht die Prioritäten anders setzt und eine Professur wie Makroskopische Anatomie nicht mehr besetzt. Die Schwerpunktsetzung, um an der Spitze der Technologie und des Fortschritts zu bleiben, muss man nun wirklich den einzelnen Fakultäten überlassen.

Mirjam Würth (SP) kann das Votum von Hanspeter Weibel so nicht stehen lassen, dass die Universität endlich mal Qualität bringen solle. Wenn man betrachtet, wo die Universität (auch international) steht, ist diese Aussage sehr, sehr desavouierend.

Christina Jeanneret-Gris (FDP) fühlt sich als Mitglied der Universität direkt angesprochen und hat am Reduktionsprogramm selbst mitgewirkt; dieses hat weh getan. Dennoch, so ist das Gefühl, konnten sowohl die Quantität als auch die Qualität der Universität gerettet werden. Auch ein Dank an Regierungsrätin Monica Gschwind für das Votum.

Die Qualität stimmt, es ist kein Abbau.

Zu Jan Kirchmayr: Die nicht strukturellen Professuren, zu denen auch die Rednerin selbst zählt, machen die Lehre gratis, dies gehört im Umfang von 40 Lektionen jährlich zum Job. Dies macht man jedoch gerne für die Universität.

Andrea Heger (EVP) äussert sich ebenfalls zur Aussage von Hanspeter Weibel. Die Universität hatte verschiedene Strategien – eine Mini-, Midi- und Maxi-Strategie. Mit der Midi-Strategie, den ungefähr 13'000 Studierenden, die man anpeilt, kann man das Optimum aus der Infrastruktur und den bestehenden Kosten herausholen. Man wollte nicht nur einfach grundlos wachsen, sondern das Wachstum war so von allen gewollt und abgeseget.

Roman Brunner (SP) wehrt sich gegen die Aussage, dass er die Universität nur schlechtreden wolle. Der Redner steht voll hinter der Universität Basel, ist selber Alumnus und im Förderverein. Die Universität macht mit den zur Verfügung stehenden Mitteln einen sehr guten Job. Aber: Der Kanton Basel-Landschaft hat entschieden, der Universität weniger Geld zu geben. Aufgrund dieses Entscheids findet ein Abbau statt, dies wurde durch die Interpellationsantwort bestätigt. So steht auf Seite 5: «Diese Professur soll prioritär nachbesetzt werden, sobald es die Mittel wieder zulassen». Ein Abbau hat stattgefunden aufgrund der finanziellen Mittel, die der Kanton zur Verfügung stellt – das ist die einzige Aussage, die der Redner durch die Interpellationsantwort bestätigt sieht. Dies hat nichts mit der Qualität der Universität zu tun und es geht auch nicht darum, die Universität schlechtzureden.

Hanspeter Weibel (SVP) sagt, es gehöre manchmal zum politischen Ton, dass man den anderen nicht richtig zuhört und diese dann falsch zitiert. Der Redner hatte eine rein strategische und keine

Qualitätsaussage gemacht. So hatte er gesagt: Wenn die Universität Basel mit einer Wachstumsstrategie, und es war eine solche, bisher so gute Resultate erzielt hat, wäre es nun aus der Sicht des Redners wünschenswert, wenn aus der Wachstumsstrategie eine Qualitätsstrategie würde. Damit könnten noch bessere Resultate erreicht werden.

://: Die Interpellation ist erledigt.
